

Antrag

der Abg. Gudula Achterberg und Thomas Hentschel u. a. GRÜNE

Empfehlungen des Deutschen Verkehrsgerichtstags (VGT) 2026

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen

zu berichten,

1. wie sie die Empfehlungen des VGT 2026 zur Vollstreckung von Sanktionen aus Verkehrsverstößen in der EU bewertet;
2. wie sie die Empfehlungen des VGT 2026 zu alkoholisierten Rad- und Pedelecfahrenden bewertet;
3. wie sie die Empfehlungen des VGT 2026 zu Unfallrisiken durch Ablenkung am Steuer bewertet;
4. wie sie die Empfehlungen des VGT 2026 zu Anforderungen bei der Führerscheinprüfung bewertet;
5. wie sie die Empfehlungen des VGT 2026 zur Aussagekraft der Unfalldatenerhebung bewertet;
6. wie sie die Empfehlungen des VGT 2026 zur zunehmenden Zahl von Drohnen im Luftraum bewertet;
7. welche Handlungsnotwendigkeiten und Handlungsoptionen sich für die Landesregierung aus diesen Empfehlungen ergeben.

2.2.2026

Achterberg, Hentschel, Braun, Gericke, Joukov, Katzenstein, Marwein, Nüssle GRÜNE

Begründung

Die Regierungskoalition hat sich im Erneuerungsvertrag „Jetzt für morgen“ zur Vision Zero bekannt und will die Anzahl der Verkehrstoten bis 2030 um 60 Prozent gegenüber 2010 reduzieren. Hierfür sind ambitionierte Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene erforderlich. Dies gilt neben Handlungsfeldern wie Technik und Verhalten der Menschen insbesondere für das Handlungsfeld Recht.

Der Deutsche Verkehrsgerichtstag (VGT) ist eine jährlich stattfindende Konferenz, die sich interdisziplinär mit allen Bereichen der Verkehrswissenschaft befasst, wobei der Schwerpunkt bei der Rechtsprechung in Verkehrssachen liegt. Der VGT hat bundesweit Relevanz, da seine Empfehlungen häufig in der Politik bei der Ausgestaltung von Gesetzen und Vorschriften berücksichtigt werden.

Der Antrag fragt nach der Bewertung der diesjährigen Empfehlungen des VGT und deren Bedeutung für die Politik der Landesregierung.